

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1478/2017
Amt/Aktenzeichen 60/63 BR-2017-1931-2	Datum 23.10.2017	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am - / -			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Bau- und Sanierungsausschuss	Entscheidung	16.11.2017	Ö

Betreff:

Bauantrag zur Nutzungsänderung eines militärischen Verwaltungsgebäudes zu einem zivilen Bürogebäude, Freiligrathstraße 6, Mainz-Oberstadt, Gemarkung Mainz, Flur 21, Flurstück 450/11;

hier: Herbeiführung des Einvernehmens der Gemeinde gemäß § 36 i.V.m. § 34 BauGB

Mainz, 07.11.2017

gez.

Marianne Grosse
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

In Kenntnis der Verwaltungsvorlage stellt der Bau- und Sanierungsausschuss das Einvernehmen der Gemeinde gemäß § 36 i.V.m. § 34 BauGB her.

1. Sachverhalt

a) Inhalt des Bauantrages

Das bestehende militärische Verwaltungsgebäude (K 1) soll in ein ziviles Bürogebäude umgenutzt werden. Eine Änderung der Kubatur wird nicht vorgenommen.

Der rechtskräftige Bebauungsplan „Jägerstraße (O 26)“ aus dem Jahre 1968, der nach Heilung des Ausfertigungsfehlers erst 1991 bekannt gemacht wurde, setzt ein Sondergebiet ohne weitere Spezifizierung fest. Lediglich in der Begründung wird erwähnt, dass ein Baugebiet für militärische Zwecke festgesetzt wurde.

b) Baurecht

Aufgrund eines materiellen Fehlers hat der Bebauungsplan „O 26“ einen Bereich überplant, der als militärisch genutzte Fläche der Planungshoheit der Gemeinde entzogen ist. Derzeit soll noch vor förmlicher Aufhebung der militärischen Nutzung durch den Bund eine Zwischennutzung als Bürogebäude erfolgen.

Art der baulichen Nutzung

Die Eigenart der näheren Umgebung wird durch militärische Nutzung geprägt. Sie entspricht keinem Gebietstyp im Sinne der Baunutzungsverordnung (BauNVO). In dieser Gemengelage fügt sich die beantragte Büronutzung bezüglich der Art der baulichen Nutzung ein. Die schriftliche Zustimmung der Bundesbehörde muss noch vorgelegt werden.

Das geplante Vorhaben ist bauplanungsrechtlich zulässig.

2. Lösung

siehe Beschlussvorschlag

3. Alternativen

keine

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

keine

gez. Brod

- II. z.d.A.
- III. Akte Amtsleiter